

An das
Amt der Tiroler Landesregierung
Abteilung Soziales
soziales@tirol.gv.at
Landhaus
Eduard Wallnöfer Platz 3
6020 Innsbruck

Innsbruck, am 03.10.2023

Betreff: Va-777-1701/2

Begutachtung

zum Verordnungsentwurf betreffend Leistungen gem. § 6 Abs. 3 TMSG

Das Bündnis gegen Armut und Wohnungsnot begrüßt eine dringend notwendige Erhöhung für die Übernahme der Wohnkosten im Rahmen der WKVO § 6 Abs. 3 des TMSG.

Vorausgeschickt werden muss, dass eine fundierte Begutachtung der WKVO aus zweierlei Hinsicht nicht als aussichtsreiches Unterfangen erscheint. Erstens fand bereits eine umfassende Presseberichterstattung statt, wodurch der Eindruck erweckt wird, dass eine faktische Begutachtung mehr eine pro forma Angelegenheit ist. Zweitens fehlen die Sozialberichte seit 2020, wodurch die Vergleichsdaten nur aus den Überblickszahlen der Statistik Austria gewonnen werden können und eine tiefgreifendere Auseinandersetzung daher mit den betroffenen Personengruppen aussichtslos ist.

Unzureichende Ausgangsbeträge

Vorangestellt werden muss aus Sicht des Bündnis gegen Armut und Wohnungsnot, dass die Ausgangsbeträge für die Mieten, welche vormals aus dem Immobilienpreisspiegel der WKO entnommen wurden, nicht die am Markt frei verfügbaren Mietwohnungen abbilden. So weicht die Wohnkostenverordnung grundlegend von jeglicher Ortsüblichkeit der Mieten ab. Dies hat zur Folge, dass nur sehr wenige Wohnungen, in manchen Bezirken sogar keine Wohnungen für Mindestsicherungsbeziehende potentiell anmietbar sind.

Als problematisch muss hier auch der Rückgriff auf Daten von bestehenden Mietverhältnissen von Bezieher:innen der Mindestsicherung thematisiert werden. Neben den Indexanpassungen von Bestandsobjekten finden nämlich Mieterhöhungen am freien Markt häufig im Rahmen von Neuanmietungen statt. Somit liegt der Fokus der WKVO auf einem reinen Erhalt bestehender Mietverhältnisse anstelle auf einer notwendigen Bemühung Wohnungssuchende die Anmietung von Wohnungen zu ermöglichen.

Positiv an dem Begutachtungsentwurf ist zu bewerten, dass es Erhöhung für die Mietausgaben von Familien in größeren Haushalten gibt. Dennoch wird diese Erhöhung nicht ausreichen.

• • •

Wohnungslosigkeit muss effektiv bekämpft werden

Bedenklich erscheint dabei eine Entwicklung bei der die Ausgaben für die Bedarfsorientierte Mindestsicherung in den letzten fünf Jahren einen massiven Rückgang aufweisen und auch weniger Personen in den Leistungsbezug kommen. Ebenfalls zeigten die Ausgaben für Wohnkosten in den vergangenen Jahren trotz beharrlich steigender Wohnpreise einen kontinuierlichen Rückgang. Angesichts der extremen Steigerungen der Lebenserhaltungskosten lässt dies unter anderem den Rückschluss zu, dass die Verordnung generell derart niedrig gestaltet ist, dass es hier zu einer faktischen Diskrepanz zwischen realen, am Markt frei verfügbaren Wohnungen und der Wohnkostenverordnung kommt, die Alleinstehende, Bedarfsgemeinschaften und Familien in prekäre Wohnverhältnisse drängt. Darunter fällt ein massiver Überbelag von Wohnungen, ein längeres Verweilen in Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe oder der Unterschlupf in nicht geeigneten Wohnungen bei Familie oder Bekannten, welche auch als versteckte Wohnungslosigkeit bezeichnet wird. Besonders prekär gestaltet sich letztere oftmals für Frauen, da diese in Abhängigkeitsverhältnisse gedrängt werden.

Teuerungen betreffen auch Einzelpersonen und Menschen in Wohngemeinschaften

Weiters mutet eine Nicht-Anpassung von Ein-Personen Haushalten und bei Wohngemeinschaften angesichts der aktuellen Lage nicht zielführend an, da auch diese von steigenden Wohn- und Energiekosten betroffen sind. Ebenfalls scheint die pauschale Steigerung von 35€ der Zwei-Personen Haushalte nicht an den realen Bedarf geknüpft. Somit wird eine große, wenn nicht die größte Gruppe von Mindestsicherungsempfänger:innen aus dem Verordnungsentwurf kategorisch ausgeschlossen. Wir verwehren uns entschieden gegen eine Differenzierung von Armutsbetroffenen und empfehlen dringend eine **Indexierung auch bei Ein- Personen Haushalten und Wohngemeinschaften**.

Abschließende Empfehlungen des Bündnis

Es liegt im bestehenden Verordnungsentwurf eine dringend notwendige Nachbesserung der inadäquaten Wohnkostenverordnung von 2022 an reale Lebenserhaltungskosten von Mehrpersonenhaushalten vor. Nun muss **zusätzlich** jedoch eine **Inflationsanpassung gemäß VPI bei allen Wohnungsgrößen erfolgen**, um besonders Menschen in prekären Wohnverhältnissen, Menschen in Unterkünften der Wohnungslosenhilfe und besonders vulnerable Gruppen, wie Frauen, die von versteckter Wohnungslosigkeit betroffen sind oder Menschen die Aufgrund von Beeinträchtigungen in ihrer Wohnungswahl ohnehin eingeschränkt sind in Mietverhältnisse zu bringen.

Ebenfalls wird dringend eine **umfassende Erhebung der real am Markt verfügbaren Wohnungen** empfohlen, um die tatsächlichen Wohnkosten am Wohnungsmarkt erheben zu können und eine entsprechende Verordnung zu erlassen. Erst dies würde eine nachhaltige Bekämpfung von Wohnungsnot ermöglichen.

Mit freundlichen Grüßen,

das Bündnis gegen Armut und Wohnungsnot

• • •

Mitglieder des Bündnis

Dachverbände, Interessensvertretungen und ähnliches

ÖGB Tirol, Landesvorsitzender Philip Wohlgemuth
Evangelische Superintendenz A.B. Salzburg und Tirol
Volkshilfe Tirol
arbeit plus - soziale Unternehmen Tirol
aut. architektur und tirol
argeSODiT (Arbeitsgemeinschaft der sozialen Dienstleistungsanbieter für Menschen mit Behinderungen, Lernschwierigkeiten und psychischen Beeinträchtigungen in Tirol)
Die Armutskonferenz Österreich
Katholische Aktion, Diözese Innsbruck
Katholischer Familienverband Tirol
Katholische Frauenbewegung Tirol
obds - Österreichischer Berufsverband der Sozialen Arbeit, Landesverband Tirol
BAWO - Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe Österreich (Obfrau Elisabeth Hammer)
POJAT - Plattform Offene Jugendarbeit Tirol
Tiroler Integrationsforum
Initiative Menschen-Recht
DTKJ (Dachverband der Tiroler Kinder- und Jugendhilfeeinrichtungen)
FIAN Österreich
SPAK Tirol (alle vertretenen Einrichtungen sind unten separat genannt)
Arbeitskreis Kinder- und Jugendhilfe
Die Termiten - Plattform für kritische Sozialarbeit in Tirol
Josefiker Kreis der Arbeiterkammer Tirol mit Lothar Müller als Koordinator (insgesamt 56 Einrichtungen Tirols in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Soziales vertreten – tlw. einzeln bereits genannt)

Einrichtungen und Institutionen

AIDS-Hilfe Tirol
AEP - Arbeitskreis Emanzipation und Partnerschaft
Aktion Leben Tirol
AMB – Verein Angehöriger von Menschen mit Behinderung
arbas - Arbeitsassistenten Tirol
Arche Tirol
AufBauWerk
Autistenhilfe Tirol
Blinden- und Sehbehindertenverband Tirol
Chill Out, DOWAS
Diakonie Flüchtlingsdienst
Diakoniewerk Soziale Dienstleistungen GmbH
Die Eule
Don Bosco Einrichtungen
DOWAS
Emmaus
Evangelische Pfarrgemeinde A.u.H.B. Innsbruck-Christuskirche
Evangelische Pfarrgemeinde Innsbruck -Auferstehungskirche
EVITA Frauen- und Mädchenberatungsstelle
FLUCHTpunkt
Frauen aus allen Ländern
Frauen im Brennpunkt
Frauenhaus Tirol
Frauenreferat der Diözese Innsbruck
Heilpädagogische Familien gGmbH
Heinz Schoibl, Helix - Sozialforschung und Beratung, Salzburg
Ho & Ruck
IBBA gGmbH
IBUS - Innsbrucker Beratung und Unterstützung für Sexarbeiterinnen
Initiative Frauen helfen Frauen
InnHouse
Innovia gem. GmbH

• • •

ISD Alexihaus
Johanniter Tirol
Jugendwohnstart
Kinder- und Jugendanwaltschaft Tirol
KIZ - Kriseninterventionszentrum
Lebenshilfe Tirol
ilawohnt
LL Immo - Leiter Luis KG, die unabhängige Immobilienberatung (u.a. Studienautor zu leistbarem Wohnen in Tirol)
Männerberatung Mannsbilder
MoHi Tirol - Mobiler Hilfsdienst
Neustart Tirol
Nestwärme Tirol
Netzwerk St. Josef
ÖRK Landesverband Tirol
ÖZIV Landesverband Tirol
Plattform Bleiberecht
Plattform Asyl für Menschenrecht
pro mente Tirol
Psychosozialer Pflegedienst Tirol
Rettet das Kind Tirol
Schuldenberatung Tirol
slw Soziale Dienste GmbH
Sozialberatung der tirol-Kliniken
start pro mente gem.GmbH
Suchtberatung Tirol
sucht.hilfe BIN
Teestube Schwaz
Tiroler Arbeitskreis für integrative Entwicklung (TAFIE)
Tiroler Kinder und Jugend GmbH
UK unterwegs
unicum:mensch
Verein Frauen gegen Vergewaltigung
Verein für Obdachlose
Verein Gemeinwohl-Ökonomie Tirol
Verein Rechtsladen Tirol
Verein WAMS
VertretungsNetz Tirol
Vianova Austria
Vinzenzgemeinschaften Tirol
W.I.R. – gGmbH
yo!vita
ZeMit - Zentrum für MigrantInnen in Tirol
ZeSa – Zentrum für Soziale Arbeit und Soziale Dienstleistungen
Z6 - Zentrum für Jugendarbeit
Max Preglau, Universität Innsbruck (u.a. Vertreter des Arbeitskreises gender, care and social justice)
Alexandra Weiss, Universität Innsbruck (u.a. diverse Veröffentlichungen im Bereich Sozialpolitik)
Claudia Globisch, Universität Innsbruck (u.a. österreichweite Langzeitstudie zu den Auswirkungen der
Bedarfsorientierten Mindestsicherung auf die BezieherInnen)
Karl Weber, Universität Innsbruck (u.a. Mitautor der Studie zur Umsetzung der Behindertenrechtskonvention,
Kinderrechtskonvention, Expertisen für die AK zum Thema leistbares Wohnen)